

Trägerische Ruhe

Kein weiterer Castor mehr, kein Ausbau mehr im Bergwerk – trotzdem bleibt Gorleben auch bei der neuen Standortsuche für ein Atommülllager Favorit. Ein Überblick über die Situation und künftige Probleme

Die Castor-Halle

Das Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle ist eine einfache Leichtbauhalle („Kartoffelscheune“), weder gegen Beschuss noch gegen Flugzeugabsturz gesichert. In der zu gut einem Viertel befüllten Halle stehen 113 Castor-Behälter mit verglaster Atom-Suppe aus der Plutonium-Fabrik La Hague sowie abgebrannten Brennelementen aus süddeutschen AKW. Zur Kühlung der heißen Behälter strömt unten Luft in die Halle und tritt oben ungefiltert wieder aus.

Die erste Einlagerungsgenehmigung wurde 1983 erteilt. Aufgrund des anhaltenden Widerstands gab es in den darauffolgenden 30 Jahren jedoch nur 13 Castor-Transporte nach Gorleben; Zehntausende Atomkraftgegner*innen hielten diese zum Teil tagelang auf. Seit 2013 dürfen keine weiteren Castoren mehr angeliefert werden.

Die Genehmigung des Zwischenlagers läuft 2034 aus. Die Castor-Behälter sind nur für 40 Jahre ausgelegt. Was mit dem Atommüll dann geschehen soll, ist völlig offen.

Foto: GNS Gesellschaft für Nuklear-Service mbH



Die Pilot-Konditionierungs-Anlage (PKA)

Die von 1990 bis 2000 gebaute Anlage mit dem hohen Schornstein sollte das Umpacken von hochradioaktivem Atommüll erproben: Castoren öffnen, abgebrannte Brennelemente ausladen, zerlegen und in kleinere, für eine geologische Tiefenlagerung vorgesehene Behälter verpacken. Da jedoch bis heute kein Konzept für diese Lagerung feststeht, ist die PKA, deren Technik inzwischen als veraltet gilt, bis dato noch unbenutzt und nicht kontaminiert.

Bei Bedarf soll die Anlage jedoch als Reparaturwerkstatt für defekte Castor-Behälter (nicht nur aus Gorleben) dienen.

Foto: Andreas Conradt, PubliXviewing



Das Fass-Lager

In dieser Industrie-Leichtbauhalle werden seit 1984 schwach- und mittelaktive Abfälle aus Atomkraftwerken abgestellt, bis heute mehr als 3.000 Behälter. Auch dieses Zwischenlager ist weder gegen Beschuss noch gegen Flugzeugabsturz gesichert.

In der Vergangenheit sorgten „Blähfässer“, in denen sich Gas bildete, sowie falsch deklarierte Behälter („Transnuklear“-Skandal) für Schlagzeilen. Aktuell sind immer mehr Fässer von Rostfraß befallen. Weil sie zu eng gestapelt sind, können sie nicht einzeln überwacht werden.

Im Gegensatz zur Castor-Halle darf im Fass-Lager noch immer weiterer Atommüll eingelagert werden.

Foto: GNS Gesellschaft für Nuklear-Service mbH



Das Bergwerk im Salzstock

Landes- und Bundesregierung bestimmten 1977 den Salzstock Gorleben als Standort für das geplante tiefengeologische Atommülllager: Alle hochradioaktiven Abfälle aus deutschen Atomanlagen sollten hier verbuddelt werden. Obwohl geologisch für Atommüll völlig ungeeignet, begann 1986 das Abteufen der Schächte. Von 2000 bis 2010 ruhten die Arbeiten („Moratorium“), 2012 stoppten sie dann erneut. Insgesamt verschlang der Bau bisher rund 1,6 Milliarden Euro. Bis heute lagert kein Atommüll unter Tage.

Im Zuge des neuen Standortsuchverfahrens steht ein teilweiser Rückbau der oberirdischen Bergwerksanlagen an. Das Bergwerk selbst soll jedoch offengehalten werden, denn vom Tisch sind die Atommülllager-Pläne noch lange nicht. Im Gegenteil: Der Standort Gorleben ist im neuen Verfahren explizit gesetzt und gerade wegen des Bergwerks sogar quasi schon in der „Endrunde“.

Foto: Alexander Neureuter



Atomanlagen zu verkaufen

Betreiber der Atommüll-Lagerhallen und der PKA war bisher die Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS), eine Tochterfirma der Stromkonzerne. Ende 2016 beschloss der Bundestag, dass die Konzerne die Verantwortung für ihre Abfälle gegen eine Einmalzahlung von 23 Milliarden Euro auf den Staat abwälzen dürfen. Das Geld soll in den geplanten Atommüll-Fonds fließen. Reicht es am Ende nicht aus, wovon auszugehen ist, muss die Allgemeinheit zahlen.

Der Staat übernimmt nicht nur das finanzielle Risiko der jahrtausendelangen Lagerung des Atommülls, sondern auch die Atommüll-Lager an sich: 2019 alle Castor-Zwischenlager und die PKA, 2020 dann auch die Lager für schwach- und mittelaktive Abfälle. Die beiden Atommüll-Hallen in Gorleben und die PKA kauft er den AKW-Betreibern sogar ab. So fließt ein Teil ihrer Einzahlungen in den Fonds gleich wieder an sie zurück.



Foto: Andreas Conradt, PubliXviewing

Die neue Standortsuche

Mit dem Standortauswahlgesetz beschloss der Bundestag 2013, ein neues Suchverfahren einzuleiten. In einer ersten Phase sollen Behörden auf Basis vorhandener geologischer Daten Standorte für eine übertägige Erkundung benennen. Seismische Messungen und Bohrungen sollen in einer zweiten Phase bestimmen helfen, welche dieser Standorte untertägig erkundet werden. Am Ende dieser dritten Phase soll dann eine Standortentscheidung fallen, laut Gesetz 2031; die Inbetriebnahme des Lagers ist für 2050 vorgesehen. Selbst die Atommüll-Kommission hielt diesen Zeitplan für unrealistisch: Es könne durchaus einige Jahrzehnte länger dauern.

Gorleben ist der einzige schon im Gesetz namentlich erwähnte Standort. Weil er bereits ein Bergwerk hat, ist er quasi schon für die dritte Phase, die Endrunde, gesetzt. Die geologischen Kriterien, nach denen die Auswahl stattfinden soll, klammern die Mängel Gorlebens systematisch aus.

Das Gesetz sieht vor, dass alle wesentlichen Entscheidungen im Suchverfahren der Bundestag trifft. Nur die Abgeordneten könnten den Standort Gorleben also kippen. Dies jedoch ist äußerst unwahrscheinlich, denn keine andere Region möchte den Atommüll haben. **Aller Voraussicht nach wird es des-**

halb eine überwältigende Bundestagsmehrheit für ein Atommülllager in Gorleben geben – egal, wie ungeeignet die geologischen Verhältnisse dort sind.

Die Befürworter*innen eines Atommülllagers in Gorleben haben stets befürchtet, dass dieses vor Gericht scheitern könnte, weil es nie einen Vergleich mit anderen potenziellen Standorten gab. Dieser Verfahrensfehler wird durch den angeblichen „Neustart“ bei der Suche beseitigt. Zugleich schränkt das Gesetz die Klagemöglichkeiten gegen die Standort-Entscheidung massiv ein.



Unendlicher Widerstand

Wie sich die Wendländer*innen, unterstützt von Hunderttausenden, mit immer neuen Aktionen gegen den Atommüll und das dafür geplante geologische Tiefenlager wehren – seit mehr als 40 Jahren



WIEDERAUFSTUNG

Sommer 1977: Mit Kiefernsetzlingen aus ganz Deutschland beginnt die Wiederaufforstung der durch Brandstiftung vernichteten Waldflächen, auf denen das Nukleare Entsorgungszentrum (NEZ) entstehen soll. Für Ärger sorgt der Bau eines Spielplatzes: Im Gegensatz zur geplanten Atomfabrik wittern die Behörden hier „Sicherheitsgefahren“.
Foto: Torsten Schöppe



TRECK NACH HANNOVER

25.-31. März 1979: Der Trecker-Treck nach Hannover schwillt dort zur Demo mit 100.000 Menschen an. Die in Gorleben geplante Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) gilt danach als „politisch nicht durchsetzbar“. Der Mahntein in Hannover steht noch heute.
Foto: Günter Zint



REPUBLIK FREIES WENDLAND

3. Mai 1980: Besetzung der Tiefbohrstelle 1004 bei Marleben. Die „Republik Freies Wendland“ wird nach vier Wochen von Bulldozern planiert. Pässe stellt sie allerdings bis heute aus.
Foto: Günter Zint, Andreas Herzau

WENDLAND-BLOCKADE



GRENZBESETZUNGEN

27. Januar 1982, 2. und 5. Juli 1983: Grenzbesetzungen bei Gummern und Blütlingen als Protest gegen den Bau der Castor-Halle. Die Zeltlager auf DDR-Gebiet, aber westlich des Grenzschutzzauns, sind eine diplomatische Provokation und nur schwer zu räumen.
Foto: Günter Zint



JOSEPH BEUYS

Mai 1985: Die Widmung samt Unterschrift von Joseph Beuys macht ein verbotenes Plakat zur unverletzlichen Kunst.
Reproduktion: Gorleben-Archiv



KREUZWEG FÜR DIE SCHÖPFUNG

27. März 1988: 600 Menschen brechen am bayerischen WAA-Standort Wackersdorf auf zum Kreuzweg für die Schöpfung. Nach 63 Tagen Fußmarsch stellen sie das Kreuz in Gorleben auf. Bis heute treffen sich hier jeden Sonntag Gläubige zum „Gorlebener Gebet“.
Foto: Dieter Schaaß

53° 3' N
11° 21' O

TURMBESETZER*INNEN

21./22. Juni 1990: Zum Antritt der SPD-Landesregierung erklimmen 14 Turmbesetzer*innen die Schächte des Tiefenlager-Bergwerks. Die Bergbauarbeiten werden eingestellt – leider nicht dauerhaft.

„IRGENDWANN FÄLLT JEDE MAUER“

23. Juni 1990: Unter dem Motto „irgendwann fällt jede Mauer“ beginnen etwa 70 Atomkraftgegner*innen mit Hammer und Meißel mit dem Abbruch der Mauer um die Baustelle des geologischen Tiefenlagers.

MONTAGSBLOCKADEN



Mai-September 1990: Wöchentliche Montagsblockaden der Atomanlagen. Die dreitägige Abschlussblockade verstärken 600 Schafe.
Foto: Dieter Schaaß



PROTESTBAD

Juli 1994: „Es geht ums nackte Überleben“, findet ein Dutzend Atomkraftgegner*innen und nimmt ein Protestbad im Regenrückhaltebecken der Salzhalde des Tiefenlager-Bergwerks.
Foto: Michael Meyberg



VER(W)IRRSPIEL

ca. 1995: Überklebte Ortsschilder in den Dörfern des Wendlands machen die Polizei orientierungslos.
Foto: Kina Becker



KAFFEEKLATSCH

1995: Kaffeeklatsch gegen den Castor auf den Schienen im Bahnhof Zernien.
Foto: Rainer Erhard



SALZFABRIK

17. August 1996: Weil die Förderung von Bodenschätzen Vorrang vor der Erkundung von Lagerstätten hat, gründen Atomkraftgegner*innen die „Salinas Salzgut GmbH“. Die Regierung erlässt ein Sondergesetz, um die Salzförderung zu verhindern. Salinas-Salz gibt's trotzdem zu kaufen – vorerst kommt es aus Göttingen.
Foto (2009): Gabi Haas



„U-BAHN-BAU“

2. März 1997: In Splietau beginnt ein „U-Bahn-Bau“ unter der Castor-Transportstrecke, Hunderte buddeln mit.
Foto: Andreas Herzau



„X-TAUSENDMAL QUER“

3.-5. März 1997: „X-tausendmal quer“ organisiert die bisher größte Sitzblockade in der Geschichte der BRD. 9.000 Menschen setzen sich dem Castor gewaltfrei in den Weg. Die Polizei räumt mit Wasserwerfern, der niedersächsische Innenminister lobt später das „bürgerschaftliche Engagement“ der Blockierenden. Bis heute halten Sitzblockaden jeden Castor-Transport auf.
Foto: Andreas Herzau



BESETZUNG UNTER TAGE

3. September 2003: Mit einer Besetzung unter Tage fordern 14 Besucher*innen des Tiefenlager-Bergwerks ein Aus der Pläne für ein Atommülllager im Salzstock Gorleben.
Foto: Dieter Metk

UNTERSPIILT

10./11. November 2003: Ausströmendes Wasser hat die Castor-Transportstrecke unterspiilt und unpassierbar gemacht. Zwar hatte die Polizei die Leitung abgesperrt, nachdem sie das „Leck“ entdeckt hatte. Unbekannte öffneten den Schieber nachts allerdings wieder ...
Foto: Kay Nietfeld/dpa



STELLVERTRETER*INNEN

Herbst 2008: Unzählige Stellvertreter*innen-Puppen halten auch dann, wenn ihre Besitzer*innen gerade arbeiten müssen, die Fahne des Widerstands hoch – bis heute.
Foto (2012): Kina Becker

„WIDERSETZEN“



26./27. November 2011: Auf den Castor-Gleisen bei Hartingen „WiderSetzen“ sich 5.000 dem Atommülltransport nach Gorleben.
Foto: Ruben Neugebauer

BETONPYRAMIDE

27. November 2011: Bei den Castor-Protesten ketten sich vier Bauern an eine Betonpyramide auf den Gleisen. Die Konstruktion ist so knifflig, dass die Polizei nach 14 Stunden kapituliert.
Foto: Kay Nietfeld/dpa



„KULTURELLE WIDERSTANDSPARTY“

22. Mai 2015 & 13. Mai 2016: Tausende Besucher*innen der „Kulturellen Landpartie“ ziehen an Pfingstfreitag zur „Kulturellen Widerstandsparty“ vor die Atomanlagen.
Foto: Andreas Conradt & Karin Behr/PublikViewing

TRECKER-BLOCKADE IN BERLIN



5. Juli 2016: Mit einer Trecker-Blockade in Berlin protestieren Bauern und Bäuerinnen aus dem Wendland gegen den Abschlussbericht der Atommüll-Kommission. Die ist am Ende, der Atommüll-Konflikt weiter ungelöst.
Foto: Kina Becker/PublikViewing

Ein Salzstock voller Macken

Warum Gorleben schon aus geologischen Gründen für die geologische Tiefenlagerung von Atommüll denkbar ungeeignet ist

Deckgebirge

Die Gesteinsschichten über dem Salzstock; in Gorleben in jeder Hinsicht undicht. Seit den ersten Probebohrungen Ende der 1970er-Jahre ist klar: Es gibt hier keine schützende Tonschicht, die das Grundwasser vom Salzstock fernhält und das Salz mit dem Atommüll gegen die Biosphäre abschirmen würde (→ „Gorlebener Rinne“). Dabei hatten Geologen und selbst die Behörden genau das von Anfang an gefordert.

Stollen

Um das geplante Atommülllager weiter auszubauen, schreckte die Regierung in zwei Fällen nicht einmal davor zurück, die Stollen mitten durch den hochproblematischen Anhydrit zu bohren. Die Fachbeamten geißelten das vor dem Gorleben-Untersuchungsausschuss des Bundestags 2011 als „doppelte Sünde wider den Heiligen Geist“.

Gas im Salz

Auch im Salzstock Gorleben stießen die Bohrungen an vielen Stellen auf Gas. Unter anderem ist der gesamte Bereich des geplanten Atommülllagers von kleinen Gaseinschlüssen durchsetzt. Etwa die Hälfte des Gases im Salz stammt von außerhalb des Salzstocks, muss also über Risse und Spalten hineingelangt sein; dies kann auch weiterhin passieren. Selbst für ein schon wieder zugeschüttetes geologisches Tiefenlager ist Gas eine Gefahr: Durch die Hitze des Atommülls dehnt es sich aus, feine Risse und Spalten sind die Folge – in ebendem Gestein, das die hochradioaktiven Stoffe eigentlich sicher einschließen soll.

Risse und Spalten

Schon die ersten Tiefbohrungen im Salzstock Gorleben wiesen viele sogenannte Bruchstörungen nach, also Risse und Spalten, die zum Teil mehrere Hundert Meter tief ins Salz reichen, sowie Verwerfungen anderer Gesteine (→ Anhydrit). Über solche Wege kann Wasser ins Salz eindringen, Gas ins Salz aufsteigen und radioaktive Stoffe können austreten.

Erdgasvorkommen

Im Wendland und der angrenzenden Altmark wird seit Jahrzehnten Erdgas gefördert. Auch unter dem Salzstock Gorleben liegen potenziell gasführende Schichten; in unmittelbarer Nachbarschaft ist eine Gaslagerstätte nachgewiesen. Über Risse und Spalten kann Gas ins Salz aufsteigen und dort ein zündfähiges Gemisch bilden. Im benachbarten Lenzen kam es 1969 beim Bau eines Schachts in demselben Salzstock zu einer gewaltigen Explosion, ein Arbeiter starb.

Schächte des Erkundungsbergwerkes

Geologen warnten bereits vor dem Bau der Schächte vor dem lockeren und von Grundwasser durchströmten Untergrund; Behörden und Bergbaufirma ignorierten die Bedenken. Trotz riesiger Kältemaschinen gelang es beim Bau des Bergwerks aber nicht, den Untergrund stabil zu vereisen. Das lockere Gestein drückte in den Schacht, ein tonnenschwerer Armierungsring löste sich und erschlug einen Arbeiter.

„Gorlebener Rinne“

Mit Sand und Geröll gefüllter, mehrere hundert Meter tiefer und kilometerbreiter eiszeitlicher Graben, der das Deckgebirge über dem Salzstock Gorleben bis zur Salzoberfläche durchschneidet – genau über dem geplanten geologischen Tiefenlager. Durch das Geröll strömen ständig große Mengen Grundwasser, das damit direkten Kontakt zum Salz hat.

Anhydrit

Sehr sprödes Gestein, das Risse und Spalten bildet, die sich nicht wieder schließen – insbesondere bei Erdbeben (→ aktive geologische Störungszone). Anhydritschichten und -blöcke ziehen sich in Gorleben von oben bis unten durch das Salz und reichen sogar mitten ins geplante Atommülllager hinein (→ Stollen). Einer dieser Anhydritstränge hat schon heute Verbindung zum Grundwasser.

Grundwasser

Fließt in Gorleben direkt über und um den Salzstock, weil ein schützendes Deckgebirge fehlt. Über Risse und Spalten dringt es zudem bereits heute mehrere Hundert Meter tief ins Salz ein. Laugt den Salzstock beständig ab; viele Brunnen in der Gegend fördern salzhaltiges Wasser. Radioaktive Stoffe könnten schnell in die Biosphäre gelangen.

Salz

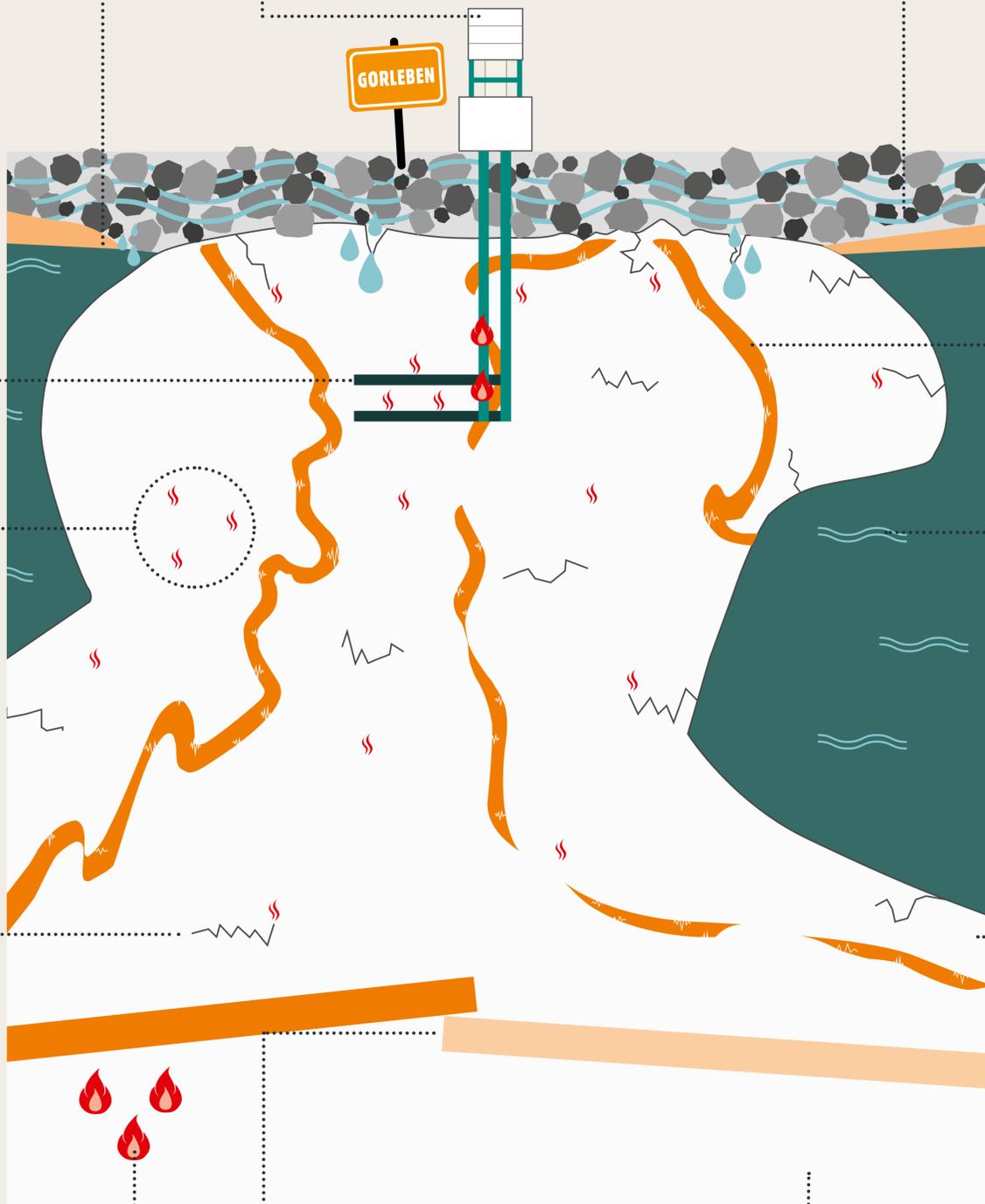
Plastisches Gestein, als Langzeitlager für Atommüll international höchst umstritten: Drückt die Lagerkammern zusammen, so dass die Atommüllbehälter platzen können; steigt durch den Druck des umgebenden Erdreichs stetig nach oben; ist extrem wasserlöslich (→ Grundwasser); zersetzt sich durch radioaktive Strahlung in Natrium und Chlorgas. Natrium kann etwa bei Kontakt mit Wasser explosionsartig reagieren und aggressive Lauge bilden, welche die stählernen Atommüllbehälter zersetzt.

Aktive geologische Störungszone

Gorleben liegt am Kreuzungspunkt gleich mehrerer aktiver geologischer Störungen, unter anderem der „Hamburg-Krakauer Linie“ und der senkrecht dazu verlaufenden „Arendsee-Störung“. Der Salzstock selbst ist mit großer Wahrscheinlichkeit tektonischen Ursprungs, also eine Folge der heftigen Erdbeben an dieser Stelle. Auch die eiszeitliche „Gorlebener Rinne“ ist eine Folge der Störungen im Untergrund. In einer solchen aktiven geologischen Störungszone ist es viel wahrscheinlicher als anderswo, dass sich die Erde auch in Zukunft, etwa bei Eiszeiten, erneut bewegt – mithin also ein denkbar ungeeigneter Platz für ein Atommülllager, das eine Million Jahre halten soll.

„Hamburg-Krakauer Linie“

Bruch in der Erdkruste, der von Krakau bis zur Elbmündung reicht. Verläuft direkt unter dem Salzstock Gorleben, welcher damit in einer aktiven geologischen Störungszone liegt. Die Erdbeben, ausgelöst unter anderem durch Eiszeiten, ließen hier alle Schichten bis zum Erdmantel in 30 Kilometern Tiefe brechen (→ Risse und Spalten).



Tricksen, täuschen & betrügen

Wie Gorleben zum Atommüll-Standort wurde und warum es dort bis heute nicht mit rechten Dingen zugeht



1975 Flammen schaffen Platz

1975 brennen mehrere Waldflächen in Niedersachsen ab, die als Standorte für Atomanlagen im Gespräch sind – darunter ein 16 Quadratkilometer großes Areal zwischen Gorleben und Trebel. **Ursache ist Brandstiftung, die Täter werden nie ermittelt.** Die Atommüll-Firma DWK dagegen hat zwei Jahre später gute Karten, als sie für ihr „Nukleares Entsorgungszentrum“ im Gartower Forst den Bauern mit Enteignung droht: Ohne Wald ist deren Land kaum noch was wert, zur Wiederaufforstung fehlt ihnen das Geld. Der Verlockung, es zu einem besseren Preis freiwillig zu verkaufen, widerstehen nur wenige.



1976/77 Kaninchen aus dem Hut

Eine Expertenkommission schlägt Mitte der 1970er drei Salzstöcke zur Erkundung als Atommülllager vor. Der in Gorleben, aus geologischer Sicht nur „dritte Wahl“, ist nicht darunter. Trotzdem drückt die niedersächsische Landesregierung 1976/77 genau diesen Standort durch – aus politischen Gründen: Das Wendland, das wie ein Zacken in die DDR hineinragt, ist strukturschwach, Protest gilt als unwahrscheinlich. **Außerdem will Ministerpräsident Albrecht (CDU) die „Ostzonalen“ ärgern,** deren Atommülllager in Morsleben auch niedersächsisches Grundwasser zu verseuchen droht.

1977 Luftschloss für den Müll

Laut Atomgesetz darf ein AKW nur dann eine Betriebslaubnis erhalten, wenn klar ist, wo der Atommüll hin kann. Ende der 1970er Jahre droht daran der Bau vieler AKW zu scheitern. Ein Langzeitlager muss her, zumindest ein Standort dafür. Ende 1976 legt die Regierung sich auf Gorleben fest, 1977 verkündet Bundeskanzler Schmidt (SPD): **„Die Entsorgungsfrage ist gelöst.“ Jeder Zweifel daran ist verboten:** Immerhin nehmen etwa 90 atomrechtliche Genehmigungen auf das Luftschloss Gorleben und das dort geplante tiefengeologische Atommülllager Bezug.



1983 Schwarzbau unter Tage

Im Speisewagen eines Intercity diskutieren hochrangige Beamte 1983, wie groß die Schächte des geplanten Bergwerks in Gorleben werden sollen. 7 bis 8 Meter Durchmesser, damit auch Atommüllcontainer durchpassen? Oder nur halb so viel – für eine bloße Erkundung des Salzstocks würde das locker reichen. Jeder weiß, um was es in Gorleben tatsächlich geht; schnell sind sich alle einig: Die Schächte werden 7,50 Meter breit, das Bergwerk damit 600 Millionen Euro teurer. **Offiziell bleibt es bei der Sprachregelung, der Salzstock werde bloß „erkundet“.** Schließlich wäre es ja auch illegal, ein Atommülllager ohne vorheriges Genehmigungsverfahren zu bauen ...



1983 Maulkorb für Experten

Die Probebohrungen in Gorleben lassen 1983 selbst die Fachleute in der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) an der Eignung des Standorts zweifeln. Das Gestein über dem Salzstock, warnen sie, sei nicht in der Lage, „Kontaminationen auf Dauer von der Biosphäre zurückzuhalten“. Sie fordern, auch andere Standorte zu prüfen. Die Bundesregierung interveniert. **Der Bericht muss umgeschrieben werden, die Forderung verschwinden. Es bleibt bei Gorleben und damit basta.**



1986 Ein Loch als Bodenschatz

Atomanlagen müssen nach Atomrecht genehmigt werden. Dazu gehört eine öffentliche Debatte über ihre Sicherheit, über die Eignung des Standorts sowie Einspruchs- und Klagemöglichkeiten. Dies alles will die Bundesregierung in Gorleben unter allen Umständen verhindern. Also lässt sie die Stollen dort nach einfachem Bergrecht auffahren – ganz so, **als ob es um ein x-beliebiges Salzbergwerk ginge.** „Auch ein Loch im Boden kann ein Bodenschatz sein“, drückt es Forschungsminister Riesenhuber (CDU) 1986 aus.



1991 Sich verdünnende Barriere

Eine wasserundurchlässige Schicht über dem Salzstock gilt lange Jahre auch den Behörden als unverzichtbar für ein Atommülllager in Salz. Wasser könnte schließlich radioaktive Stoffe an die Oberfläche spülen. **Als klar ist, dass es eine solche geologische Barriere in Gorleben nicht gibt, dreht die Behörde das Kriterium einfach um.** Grundwasser, das den Salzstock umspüle, werde die radioaktiven Stoffe gut verdünnen, argumentiert sie nun: je mehr Wasser also, desto besser.



1995 Merkel in Fantasialand

1995 untersucht die Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe (BGR) 41 Salzstöcke in Deutschland auf ihre mögliche Eignung als geologisches Tiefenlager für Atommüll. **Gorleben ist gar nicht darunter – weil der Salzstock sofort durchgefallen wäre.** „Die Untersuchungsergebnisse der BGR zeigen für mich, dass es keinen Grund gibt, nach Ersatzstandorten zu suchen“, kommentiert Umweltministerin Merkel (CDU): „Gorleben bleibt erste Wahl.“



2010 Lizenz zum Weißwaschen

Eine neun Millionen Euro teure „Vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben“ soll 2010 den maroden Salzstock für sicher erklären und als Standort für ein tiefengeologisches Atommülllager juristisch unangreifbar machen. Maßgeblicher Autor ist Bruno Thomauske: der Mann, der bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt und im Bundesamt für Strahlenschutz jahrelang für das Projekt Gorleben verantwortlich war, dann Chef der Vattenfall-AKW wurde und einen von RWE mitfinanzierten Lehrstuhl bekam. **Einst setzte er gegen die Einwände der Geologen die weitere Erkundung des Salzstocks durch. Nun darf er dessen Eignung als Atommülllager bescheinigen ...**

2010 Bla bla bla Buddeln und palavern

Umweltminister Röttgen (CDU) lässt ab Ende 2010 im Drei-Schicht-Betrieb weiter in Gorleben buddeln – auf Basis knapp 30 Jahre alter Pläne. Die haben mit den neuen Arbeiten zwar nichts mehr zu tun. Es ist aber **die einzige Möglichkeit, eine Öffentlichkeitsbeteiligung weiter zu verhindern.** Parallel wirbt Röttgen eifrig für seinen „Gorleben-Dialog“. Der ist rechtlich unverbindliches Palaver.



2011–2017 Scheingefecht auf weißer Karte

Einen „Neustart“ bei der Atommüllagersuche verspricht Umweltminister Röttgen (CDU) 2011, Grundlage sei eine „weiße Landkarte“. Die jedoch hat einen dicken Fleck: Gorleben – als einziger Standort im Standortauswahlgesetz 2017 namentlich erwähnt. Die vagen Suchkriterien blenden die geologischen Mängel des Salzstocks systematisch aus. Nicht einmal ein Vergleich mit einem weiteren Salz-Standort ist vorgeschrieben. Klagen sind ausgeschlossen oder haben keine Konsequenzen. **Die angeblich neutrale „Suche“ läuft so mit großer Wahrscheinlichkeit genau auf Gorleben hinaus – wenn nicht weiterer Widerstand das verhindert.**

